

Erich Brandstetter, A-2492 Eggendorf, Josef Nachtigall Gasse 3/1/8

An den
NÖ Landtag

Landhausplatz 1
3109 Sankt Pölten

per Fax: 02742/9006/13430

Landtag von Niederösterreich Landtagsdirektion
Eing.: - 9. NOV. 2004
Ltg. 325/E-1/3
..... Ko-Aussch.

OFFENER BRIEF / PETITION

Eggendorf, 21. Oktober 2004

Betrifft: Änderung von Bestimmungen der NÖ Gemeindeordnung

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

In meiner Heimatgemeinde herrschen seit Jahren irakische Zustände. Ein Gemeinderat der vom Bürgermeister diktiert wird. Ein Bürgermeister welcher laufend gegen geltende Gesetze verstößt. Ein Bürgermeister welcher sich im Prüfungsausschuss von den eigenen Parteileuten, welche teilweise nur unter einem anderen Listennamen kandidiert haben, kontrollieren lässt. Minderheitsmandatäre sind im Ausschuss überhaupt nicht vertreten. Eine demokratiepolitisch äußerst bedenkliche Vorgangsweise.

Aufsichtsbeschwerden bei der NÖ Landesregierung wegen Gesetzesübertretungen des Bürgermeisters und der Mandatäre führte bisher zu keinen Konsequenzen gegen diese Machthaber.

In einem lapidaren Brief teilen mir die Beamten mit, daß der Gemeinderat ersucht wurde die Gesetze zu beachten. Ein Hohn, dieses Schreiben. Egal wer bei der Gemeindeabteilung etwas einbringt, immer dieselbe lapidare Antwort.

Meiner Beschwerde bei der Volksanwaltschaft wurde aber stattgegeben, und zu Recht erkannt, jedoch aufgrund fehlender Kompetenzen, ohne rechtliche Konsequenzen gegen diese Machthaber.

PETITION

Ich möchte Sie daher bitten, im NÖ Landtag einen gemeinsamen Antrag auf Änderung der NÖ Gemeindeordnung einzubringen:

Mandatäre welche gegen geltende Gesetze verstossen bzw. verstossen haben, sind auf Antrag von der Landesregierung sofort abzurufen. Jene Mandatäre welche bereits einmal gegen geltende Gesetze verstossen haben, sind von der Wiederwahl in den Gemeinderat auszuschliessen. Zwingende Neuregelung der Besetzung des Prüfungsausschusses zwecks Stärkung der Minderheitsfraktionen und von einzelnen Mandatären. (Die mandatsschwächsten Wählergruppen haben automatisch einen Sitz im Prüfungsausschuss. Den Vorsitz erhält automatisch jene Wahlpartei, welche die wenigsten Mandate hat) Gesetzliche Verankerung einer Fragestunde der Gemeinderäte an den Bürgermeister, den Vizebürgermeister und an alle Gf. Gemeinderäte zwecks Stärkung der demokratischen Rechte aller Mandatäre auch zu nicht auf der Tagesordnung stehenden Themen.

Ich hoffe, daß noch vor der kommenden Gemeinderatswahl restriktive Bestimmungen gegen Gesetzesverletzungen durch den Bürgermeister bzw. den Gemeinderat in die NÖ Gemeindeordnung aufgenommen werden. Außerdem ist es unabdingbar, daß demokratische Rechte, welche im Nationalrat Standard sind, auch auf die Gemeindeebene ausgeweitet werden.

Ich hoffe, daß Sie aus demokratiepolitischen Gründen, diese, meine Forderungen, raschest, zur Geltung noch vor der nächsten Gemeinderatswahl 2005 umsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

